

STAHLDIALOG Niedersachsen 2016

Gemeinsame Erklärung

- **des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**
- **der IG Metall, Bezirksleitung Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**
- **der Wirtschaftsvereinigung Stahl**

Für eine starke und wettbewerbsfähige Stahlindustrie in Niedersachsen

Niedersachsen ist ein starkes Stahl Land. Der hier produzierte hochwertige Stahl hat auch künftig Schlüsselfunktionen für die industrielle Wertschöpfung in Europa. In Niedersachsen werden jährlich rund 7,2 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt. Das sind 17 Prozent der Produktion in Deutschland. In der niedersächsischen Stahlindustrie sind rund 10.000 Menschen beschäftigt. Dies entspricht 10 Prozent der Stahlbelegschaften in Deutschland.

Die Stahlindustrie ist ein Werkstofflieferant mit zentraler Bedeutung für industrielle Wertschöpfungsnetzwerke in Niedersachsen. Sie ist notwendig und unverzichtbar zur Sicherung der Leistungs- und Innovationsfähigkeit der regionalen Industrie und strahlt in ihrer Wirkung weit über das Bundesland nach Deutschland und Europa aus.

Stahlbasierte industrielle Wertschöpfungsnetzwerke sind auch die Voraussetzung für die Exporterfolge der deutschen Industrie. Aus Niedersachsen werden knapp 1,5 Millionen Tonnen Walzstahlerzeugnisse im Wert von 1,1 Milliarden Euro in die Welt exportiert. Das sind 8 Prozent der gesamten Walzstahlausfuhren Deutschlands. Dabei ist aber nicht nur die direkte Ausfuhr von Stahlprodukten bedeutsam. Auch die indirekten Exporte in Form innovativer Endprodukte aus Stahl sichern die wirtschaftliche Basis unseres Landes.

Die Branche steht jedoch vor massiven Herausforderungen, insbesondere an den internationalen Stahlmärkten, aber auch auf dem Feld der Energie- und Klimapolitik. Vor diesem Hintergrund ist es das gemeinsame Interesse der Teilnehmer des niedersächsischen Stahlgipfels, den Stahlstandort Niedersachsen zu stärken. Dazu haben die Teilnehmer des Stahlgipfels - das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, die IG Metall und die Wirtschaftsvereinigung Stahl – folgende Handlungsfelder identifiziert:

Verwerfungen im globalen Handel

Die Stahlindustrie befindet sich zurzeit weltweit in einer Krise. Hintergrund sind massive Überkapazitäten weltweit und vor allem in China. Die Partner sehen mit Sorge, dass der Weltmarkt deshalb mit Stahlprodukten zu Niedrigstpreisen überschwemmt wird. Allein die Exporte chinesischer Stahlunternehmen erreichten in 2015 rund 112 Mio. Tonnen. Zum Vergleich: Die Stahlnachfrage in der gesamten EU beläuft sich auf nur 150 Mio. Tonnen.

Die Partner sehen mit Sorge, dass die chinesische Stahlindustrie mit offensichtlich gedumpte bzw. subventionierten Produkten den fairen Wettbewerb behindert. Damit geraten die europäischen Stahlunternehmen zusätzlich unter Druck. Viele Stahlunternehmen hatten sich durch schmerzhafteste Restrukturierungen und Kapazitätsabbau gerade erst aus den roten Zahlen herausgearbeitet.

Die Unterzeichner sprechen sich für freien und fairen Handel aus und lehnen Protektionismus ab. Der Wettbewerb muss jedoch WTO-konform ausgetragen werden.

Notwendig ist daher eine europäische Außenhandelspolitik, deren Instrumente wirkungsvoll ausgestaltet sind und effizient eingesetzt werden. Das bisherige Instrumentarium ist im Vergleich zu anderen Weltregionen zu schwerfällig. Erst bei Nachweis einer erheblichen Schädigung über einen Zeitraum von 12 Monaten werden Klageverfahren von den EU-Behörden überhaupt akzeptiert. So dauert es in der EU ca. rund 20 Monate und damit doppelt so lang wie in den USA bis effektive Gegenmaßnahmen zum Schutz der heimischen Industrie greifen. Das Prüfverfahren muss daher deutlich verkürzt werden.

Die Bündnispartner sehen ferner mit Sorge, dass die Situation durch die Vergabe des Marktwirtschaftsstatus an China noch weiter geschwächt werden könnte. Eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft muss von der Erfüllung der fünf Kriterien abhängig sein, die die EU selbst als Voraussetzung hierfür definiert hat.

Energie- und Klimaschutzpolitik

Die Energiewende ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Die Stahlindustrie in Niedersachsen stellt sich den zentralen Zukunftsaufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft und somit selbstverständlich auch dem Klimaschutz. Vor diesem Hintergrund sollten die neuen Bestimmungen zum europäischen Emissionshandel Energieeffizienz und Modernisierung anreizen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu gefährden. Es gilt Produkte zu entwickeln, die dazu beitragen, dass dieser Weg technisch und wirtschaftlich darstellbar ist.

Gemeinsames Ziel ist die Reduktion von CO₂-Emissionen. Entsprechend muss es einen gleitenden Übergang zu einer CO₂-armen Industrie geben, den die Partner mit Innovation und Kreativität unterstützen. Die Energieversorgung in Deutschland muss sicher, sauber und bezahlbar sein. Aus Sicht des Industriestandorts Niedersachsen ist besonders darauf zu achten, dass dieses Zieldreieck nicht zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Stahlunternehmen in ein Ungleichgewicht gerät.

Die Kosten der Energiewende müssen so verteilt werden, dass sie auch für die energieintensiven Industrien tragbar bleiben. Der Einsatz der Bundesregierung für die Beibehaltung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz wird begrüßt. Notwendig ist aber auch die dauerhafte und vollständige Befreiung der in der Stahlindustrie typischen Eigenstromerzeugung auf Basis von Kuppelgasen und anderen Restenergien von der EEG-Umlage für Bestands- und Neuanlagen, da diese ökologisch sinnvoll ist.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Niedersachsen, die IG Metall und die Wirtschaftsvereinigung Stahl sehen mit Sorge die Vorschläge der Europäischen Kommission zur künftigen Ausgestaltung des EU-Emissionsrechtehandels. Sie können für die Stahlindustrie in Niedersachsen existenzgefährdend sein. Das betrifft im Besonderen die Vorschläge:

- zu einer pauschalen Verringerung der Benchmarks ohne Rücksicht auf die technische und wirtschaftliche Machbarkeit,
- zur weiteren Anwendung des Sektor übergreifenden Kürzungsfaktors und
- zu einer nur anteiligen Strompreiskompensation.

Die Beratungen zum EU-Emissionsrechtehandel in den kommenden Monaten müssen zum Ziel haben, dass die im internationalen Wettbewerb stehenden Stahlunternehmen in Niedersachsen nicht unverhältnismäßig belastet werden, um auch weiter auf dem umkämpften Stahlmarkt bestehen und investieren zu können. Dabei erinnern die Partner besonders an die Beschlüsse des Europäischen Rats vom 24. Oktober 2014, nach denen Carbon-Leakage vermieden und die effizientesten Anlagen (10 Prozent) durch den Emissionsrechtehandel nicht mit unverhältnismäßigen Kosten belastet werden sollen.

Generell ist es dazu notwendig, die Benchmarks für die kostenfreie Zuteilung auf Basis von Ist-Daten der 10 % effizientesten Anlagen so festzulegen, dass sie technologisch und wirtschaftlich im industriellen Maßstab erreichbar sind. Auf zusätzliche Kürzungen wie pauschale jährliche Abzüge auf den Benchmark oder den Korrekturfaktor muss verzichtet werden. Die Benchmarks müssen in der Stahlindustrie zudem die Stromerzeugung aus Kuppelgasen vollumfänglich mit abbilden.

In dem Zusammenhang ist das Positionspapier der Niedersächsischen Landesregierung zur kostenfreien

Zuteilung an Carbon Leakage-gefährdete Unternehmen im Rahmen des Emissionshandels ab 2021 ausdrücklich zu begrüßen: Es skizziert wesentliche Problematiken und zeigt zugleich Lösungswege auf.

Darüber hinaus wird die Kompensation der emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen angesichts der absehbar steigenden Zertifikatspreise für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Produktionen noch an Bedeutung gewinnen und muss daher fortgeführt werden und künftig vollständig erfolgen.

Die Partner werden alle Möglichkeiten erörtern, wie die Stahlindustrie in Niedersachsen durch verstärkte Forschungsanstrengungen die Dynamik der Werkstoffentwicklung zur Effizienzsteigerung weiter vorantreiben kann. Erneuerbare-Energie-Anlagen und Umwelttechnologien sind Zukunftsbranchen für neue Marktfelder und weitere Innovationen, z.B. die Herstellung von Windkraftanlagen entwickelt sich dabei zu einem wichtigen Absatzmarkt.

Mitbestimmung

Die Mitbestimmung, insbesondere die Montanmitbestimmung, hat sich als Standortfaktor bewährt und zu einer Sicherung und Stabilität der niedersächsischen Stahlindustrie beigetragen. Neue Herausforderungen sind vor diesem Hintergrund auch künftig am besten gemeinsam zu bewältigen.

Zu beachten sind dabei stets die gemeinsamen Interessen von Stahlunternehmen und deren Beschäftigten, wirtschaftlichen Erfolg und die Arbeitsplätze für die Zukunft abzusichern.

Immer mehr Bereiche der Arbeitswelt werden vom digitalen Wandel erfasst. Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert neue Strategien für soziale Sicherungssysteme und für Mitbestimmung. Sozialpartnerschaftliche Lösungen bleiben von zentraler Bedeutung, um Chancen, Herausforderungen und Risiken der rasanten technologischen Entwicklungen zu erkennen und den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten.

Digitalisierung und Industrie 4.0

Die Stahlindustrie ist gekennzeichnet durch die Integration in ein enges Netzwerk von Lieferanten, Kunden und Forschungsinstituten. Dieses wird durch Konzepte von Industrie 4.0 dynamisch weiterentwickelt. Für die Stahlindustrie ist es wichtig, dass die mit den neuen Technologien einhergehenden Veränderungen angemessen berücksichtigt werden. Dabei muss die Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine besondere Beachtung finden.

Die Partner sind sich einig, die notwendige Verbindung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen einerseits und den Unternehmen andererseits weiter zu stärken. Es muss darum gehen, den Innovationstransfer stetig auszubauen und den Unternehmen damit bestmögliche Chancen zu eröffnen, konkrete anwenderorientierte Innovationen der Digitalisierung in die Produktionsprozesse zu integrieren. Gleichzeitig gilt es, gemeinsam mit den Gewerkschaften die Arbeitswelt sowie Ausbildung und Qualifizierung den Erfordernissen der Digitalisierung anzupassen. Ein gleichberechtigter Nutzen für die wertschöpfenden Prozesse der Unternehmen und die Belange der Beschäftigten ist anzustreben.

Akzeptanz

Die Unterzeichner stehen bei fairen Rahmenbedingungen auch für weitere Zukunftsinvestitionen in die Stahlindustrie. Sie wollen die Unternehmen unterstützen und für Akzeptanz in der Bevölkerung werben. Dabei nehmen sie die Argumente kritischer Bürgerinnen und Bürger ernst, frühzeitig umfassend zu informieren und in einer offenen Diskussion nach fairen Lösungen zu suchen. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen zügig durchgeführt werden können.

Produkte und Technologien der Industrie gründen sich auf ein breites Verständnis in der Bevölkerung. Sie tragen zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen bei. Neue Anlagen zur Produktion und der Aus- und Umbau von Infrastruktur bedürfen weiterhin gesellschaftlicher Akzeptanz. Niedersachsen bekennt sich zu seiner Dialogkultur. Die Landesregierung wird diese zur Steigerung von Akzeptanz von Industrie- und Infrastrukturprojekten weiter entwickeln.

Fazit

Die Stahlindustrie in Niedersachsen ist technologisch und qualitativ mit ihren Produkten hervorragend aufgestellt. Sie ist die Werkstoffbasis für leistungsstarke und innovative Wertschöpfungsnetzwerke. Dabei bekennt sie sich zu ihrer umweltpolitischen Verantwortung und dem weiteren Ausbau von nachhaltigen Produktionsprozessen. Jedoch steht sie auch im Wettbewerb mit internationalen Unternehmen, die nicht vergleichbaren energie- und umweltpolitischen Vorgaben ausgesetzt sind. In diesem Zusammenhang und insbesondere auf den internationalen Stahlmärkten ist die Branche jedoch von existenziellen Verzerrungen bedroht.

Die Unterzeichner sind sich darin einig, dass politische und rechtliche Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Investment-Leakage an den Stahlstandorten in Europa und Deutschland vermieden und das Ziel der Europäischen Kommission einer Reindustrialisierung nicht gefährdet wird. Sie setzen sich daher mit Nachdruck in Berlin und Brüssel für den Erhalt einer starken Stahlindustrie ein. Nur eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie kann sich substanzerhaltende und zukunftssichernde Investitionen sowie eine nachhaltige Forschung und Entwicklung leisten. Anders wird es nicht möglich sein, dass die Wirtschaft auch in Zukunft Motor für Innovationen bleibt. Nur so können die hochwertigen Arbeitsplätze in der deutschen Stahlindustrie für die Zukunft nachhaltig gesichert und der Wohlstand unseres Landes weiter gewährleistet werden.



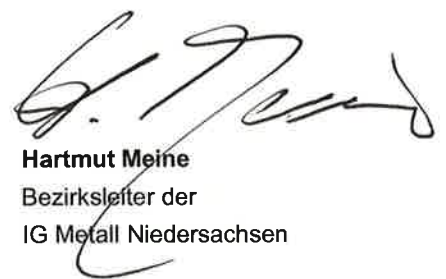
Olaf Lies

Minister für Wirtschaft, Arbeit
und Verkehr



Hans Jürgen Kerkhoff

Präsident der Wirtschafts-
vereinigung Stahl



Hartmut Meine

Bezirksleiter der
IG Metall Niedersachsen

Hannover, 08. Februar 2016